


Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 25.01.2024

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:07 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Blechschmidt
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
2.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 30.11.2023	2767/23
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Behandlung von Anfragen	
4.1.	Werbevideo für den Stadtordnungsdienst, Teil 1 Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr Robeck hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport	2348/23

4.2.	<p>Werbevideo für den Stadtordnungsdienst, Teil 2 Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr Robeck hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport</p>	2349/23
4.3.	<p>Kostenexplosion Neubau Leitstelle Mittelthüringen Fragensteller: Fraktion SPD, Herr Schade hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport</p>	2831/23
5.	<p>Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates</p>	
5.1.	<p>Kommunaler Aktionsplan Antirassismus und Antidiskri- minierung/ Beitritt ECCAR BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister Vertreter Jugendliche ohne Grenzen Vertreter Migranetz Vertreter des Ausländerbeirates Vertreter Mitwachsen</p>	1821/23
5.1.1.	<p>Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE. zur Drucksache 1821/23 - Kommunaler Aktions- plan Antirassismus und Antidiskriminierung/ Beitritt ECCAR</p>	0149/24
5.2.	<p>Haushaltssatzung 2024/2025 und Haushaltsplan 2024/2025 BE: Leiterin der Stadtkämmerei</p>	2436/23
5.2.1.	<p>Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2436/23 - Haushaltssatzung 2024/25 und Haushaltsplan 2024/25</p>	2838/23
5.3.	<p>Tierheim nicht kaputtsparen: Entwicklungs- und Bedarf- splanung aufstellen BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport</p>	2763/23
5.4.	<p>Fachliche Beteiligung sicherstellen: Tierschutzbeirat ein- richten BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport</p>	2764/23

6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom **2332/16**
01.11.2016 - TOP 6.1. ... Katzenschutzverordnung (Druck-
sachen 0552/15, 1107/15, 2230/15, 1168/16)
BE: Leiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwa-
chungsamtes
hinzugezogen: Vorsitzende des Tierschutzvereines e. V.
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom **2340/23**
19.10.23 zum TOP 7.1 DS 1943/23 - Grundstücksankauf
zum Feuerwehrbedarfsplan hier: konkrete Ergebnisse
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport
- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom **2762/23**
30.11.2023 - TOP 8.5. Sonstige Informationen - hier: Fahr-
zeughalle der FFW Azmannsdorf
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf
7. Informationen
- 7.1. Mündliche Informationen
- 7.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Gäste. Zu Beginn der Sitzung waren zehn stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass die Drucksache 2831/23 – Anfrage Kostenexplosion Leitstelle auf Wunsch des Einreichers auf die nächste Sitzung des Ausschusses vertagt werden soll. Des Weiteren schlug er vor, die Tagesordnungspunkte 6.1 und 5.1 aufgrund der anwesenden Gäste vorzuziehen. Herr Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, bat darum, den Tagesordnungspunkt 5.2. – Haushaltssatzung 2024/2025 und Haushaltsplan 2024/2025 (DS 2436/23) zu vertagen. Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, sprach sich gegen eine Vertagung aus, da er eine konkrete Nachfrage habe. Des Weiteren bat er darum, die Drucksache 2340/23 für ein halbes Jahr zu vertagen. Der Referent des Bereiches Oberbürgermeister schlug vor, den Tagesordnungspunkt 5.2. – Haushaltssatzung 2024/2025 und Haushaltsplan 2024/2025 (DS 2436/23) ebenfalls vorzuziehen und nach dem Tagesordnungspunkt 6.1 zu beraten.

Abschließend fasste der Ausschussvorsitzende die aktuelle Beratungsfolge noch einmal zusammen und stellte diese zur Abstimmung:

- **Tagesordnungspunkt 4.3. – Drucksache 2831/23 Kostenexplosion Neubau Leitstelle Mittelthüringen – vertagt laut Einreicher.**
- **Tagesordnungspunkt 6.2 . – Drucksache 2340/23 Festlegung aus der öfftl. Sitzung OSOE vom 19.10.23 Grundstücksverkehr zum Feuerwehrbedarfsplan – vertagt laut Herr Robeck für ein halbes Jahr.**
- **Tagesordnungspunkt 6.1. – Drucksache 2332/16 – Katzenschutzverordnung – wird nach dem Tagesordnungspunkt 3 beraten**
- **Tagesordnungspunkt 5.2. – Drucksache 2436/23 - Haushaltssatzung 2024/2025 und Haushaltsplan 2024/2025 wird nach dem Tagesordnungspunkt 6.1. beraten.**
- **Tagesordnungspunkt 5.1. – Drucksache 1821/23 – Kommunaler Aktionsplan Antirassismus und Antidiskriminierung/Beitritt ECCAR- wird nach dem Tagesordnungspunkt 5.2. beraten.**

bestätigt Ja 11 Nein 0 Enthalten 0 Begangen 0

2.1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 30.11.2023 2767/23

Die Niederschrift wurde wie folgt:

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

3. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

4. Behandlung von Anfragen

4.1. Werbevideo für den Stadtordnungsdienst, Teil 1 2348/23
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr
Robeck
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und
Sport

Die Tagesordnungspunkt 4.1 und 4.2 wurden gemeinsam beraten.

Frau Tausend, sachkundige Bürgerin, stellte ihre Sichtweise auf das Werbevideo dar und erklärte, dass mit diesem Thema sensibler umgegangen werden müsse. Schließlich handelt es sich bei der Arbeit des Stadtordnungsdienstes um eine ernsthafte Sache.

Herr Schade, Fraktion SPD, zeigt sich verwundert, da sonst immer kritisiert werde, dass sich die Verwaltung nichts traue.

Frau Tausend erklärte darauf hin, dass es für sie nicht ansprechend gewesen sei, wie der Stadtordnungsdienst im Video dargestellt wurde. Es sollte um einen respektvollen Umgang miteinander gehen. Sie fand das Video nicht witzig.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies darauf hin, es nicht darum gehe die Verwaltung bloß zu stellen. Es sollte möglich sein, Kritik zu äußern. Er schlug vor, das vorhandene Potential besser zu nutzen.

Herr Goldstein, Fraktion CDU, äußerte, dass das Video nicht diskriminierend sei, sondern die Arbeit des Stadtordnungsdienstes überspitzt dargestellt wurde.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, merkte an, dass die Arbeit des Stadtordnungsdienstes auf keinen Fall langweilig sei. Im Stadtordnungsdienst gäbe es eine Vakanz von 50 % und mit herkömmlichen Maßnahmen war es bisher nicht möglich, die Lücke zu schließen. Das Video wurde von der Pressestelle und den Mitarbeitenden des Stadtordnungsdienstes gemeinsam erstellt. Im Netz hat es enorme "Like-Zahlen" und jede

Menge positive Kommentare erhalten. Herr Horn fügte hinzu, dass es bereits Anfragen bzw. Bewerbungen auf Grund des Videos gab. Er fand das Video gelungen und resümierte, das Ziel des Videos sei erreicht.

zur Kenntnis genommen

- 4.2. Werbevideo für den Stadtordnungsdienst, Teil 2 2349/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr
Robeck
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und
Sport

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 beraten.
Siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

zur Kenntnis genommen

- 4.3. Kostenexplosion Neubau Leitstelle Mittelthüringen 2831/23**
Fragensteller: Fraktion SPD, Herr Schade
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und
Sport

Siehe Tagesordnungspunkt 2 – Änderung der Tagesordnung

vertagt

- 5. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates**
- 5.1. Kommunaler Aktionsplan Antirassismus und Antidiskri- 1821/23**
minierung/ Beitritt ECCAR
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister
Vertreter Jugendliche ohne Grenzen
Vertreter Migranetz
Vertreter des Ausländerbeirates
Vertreter Mitwachsen

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 5.2 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.1.1. beraten.

Der Ausschussvorsitzende beantragte das Rederecht für die Vertreterin Jugendliche ohne Grenzen, die Vertreterin von MigraNetz, den Vertreter des Ausländerbeirates und den Vertreter von Mitwachsen. Dies wurde durch die Ausschussmitglieder einstimmig erteilt.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich bei allen Beteiligten, die bei der Erarbeitung der Drucksache geholfen haben und verwies auf den gemeinsamen Änderungsantrag mit der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 0149/24).

Die Vertreterin von Jugendlichen ohne Grenzen stellte sich vor und erklärte, dass sie Mitbegründerin von Jugendlichen ohne Grenzen sei und die Organisation bundesweit agiere. Sie erklärte, dass für die Betroffenen Diskriminierungen Alltag seien. Hierbei ging sie auf den nicht bekommenen Ausbildungsplatz, die Benachteiligung bei der Arbeit, die "Willkür der Polizei", die Vorfälle in den öffentlichen Verkehrsmitteln usw. ein. Hiervon seien ganze Familienstrukturen betroffen, welche nicht geschützt würden. Sie sprach sich als Betroffene für die Errichtung selbstbestimmter Räume aus, die physische Sicherheit geben und die freie Entfaltung ermöglichen sollen. Diese Räume sollten selbstbestimmt gestaltet werden können.

Als nächstes stellte sich die Vertreterin des MigraNetz Thüringen e.V. vor und erklärte, dass das MigraNetz Thüringen 58 Mitgliedsorganisationen habe. Davon seien 19 aus Erfurt. Sie begrüßte die vorliegende Drucksache, sehe aber bei einigen Punkten noch Verbesserungsbedarf. Sie äußerte, dass es wichtig sei, eine weitere Anlaufstelle einzurichten. Die durch das Land Thüringen eingerichtet Beratungsstelle sei nicht ausreichend. Sie verwies auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung und die dafür entsprechenden Stellen in der Verwaltung. Sie bat um Zustimmung zur Drucksache.

Im Anschluss stellte sich der Vertreter des Ausländerbeirates. Er erwähnte, dass er seit 9 Jahren in Erfurt lebe und immer noch nicht bei den Kommunalwahlen wählen dürfe. Er bemängelte, dass der Ausländerbeirat keine Rechte habe, die Zusammenarbeit im Beirat ungenügend sei und das somit 12 % der in Erfurt lebenden Bürgerinnen und Bürger keine Interessenvertretung hätten. Des Weiteren verwies er auf großes Bündnis in Jena und hoffe, dass nun endlich ein Zeichen gesetzt werde.

Abschließend stelle sich ein weiterer Vertreter von MigraNetz Thüringen e. V. vor.

Der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit erklärte, dass das Begehren nach selbstverwalteten Räumen richtig und wichtig sei. Er plädierte dafür, die Drucksache bzw. das Anliegen in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen, um dieses in den Kinder- und Jugendförderplan aufzunehmen. Er erklärte, dass Modellprojekte der falsche Weg seien. Des Weiteren sehe er die Gefahr, bereits zugesagte Bundesfördermittel wieder zu verlieren. Er betonte, dass keine neuen Strukturen geschaffen werden sollten. Er wies darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss Zugang zu den freien Trägern habe. Diese befürworten die angesprochenen Projekte.

Herr Robeck wies noch einmal darauf hin, dass die Stellungnahme grundsätzlich offen gelassen habe, wie die Räume genutzt werden sollen. Diese seien nicht nur für Jugendliche gedacht, sondern auch für Menschen über dem Alter von 27 Jahren. Meist seien es ganze

Familienverbände, die entsprechende Räumlichkeiten für Aktivitäten suchten. Er sprach sich dafür aus, sich im Nachgang zu entscheiden, ob es auch im Jugendhilfeausschuss beraten werden solle. Des Weiteren fügte er hinzu, dass Mitglieder des Begleitausschusses an der Vorlage mitgearbeitet hätten.

Herr Hose, Fraktion CDU, bedankte sich bei den Gästen und verwies auf die bereits geführte Diskussion im Ausschuss für Bildung und Kultur. Er sprach die am Wochenende stattgefundene Demonstration an und bat darum, sich an Recht, Gesetz und Ordnung zu halten. Eine Diskussion sollte auf einer sachlichen Ebene stattfinden können. Er bat darum, mit seiner Fraktion in den Dialog zu treten und bot eine Diskussionsmöglichkeit an. Es sollte eine Lösung gefunden werden, die auf eine breite Akzeptanz stößt. Des Weiteren begründete er, warum er heute den vorliegenden Antrag ablehnen werde.

Der Beauftragte für Migration und Integration äußerte, dass er den Sachverhalt genauso sehe wie der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit. Des Weiteren informierte er die Ausschussmitglieder, dass einmal jährlich bei allen Institutionen Bedarfsabfragen erfolgen. Er bat darum, den Bedarf schriftlich mitzuteilen. Er informierte, dass erst sieben Schulen bei der Aktion Schulen gegen Rassismus mitmachen würden, es werde allerdings bereits daran gearbeitet, einen Runden Tisch zu initiieren um weitere Schulen für diese Aktion zu gewinnen.

Herr Goldstein, Fraktion CDU, sagte, dass er den Aussagen der Gäste nicht zustimmen könne, da sie unsachlich und ideologisch seien. Er werde diesen Antrag nicht unterstützen, sei aber gern bereit, auf einer sachlichen und objektiven Ebene an einem entsprechenden Antrag mit zu arbeiten.

Herr Robeck erklärte, dass bisher niemand ernsthaft mit ihm reden wollte. Er sei gern bereit, an einem gemeinsamen Antrag zu arbeiten und würde sich freuen, wenn die anderen Fraktionen auf ihn zukämen. Den Vorwurf gegen die anwesenden Gäste sehe er als unsachlich an und verwies auf eine Studie des Bundeskriminalamtes und der Polizei. Er fügte hinzu, dass bei der Schulung zum Thema Rassismus im Jahr 2022 keiner der 60 Mitarbeitenden des Bürgeramtes anwesend war. Er äußerte erneut, dass er sich auf die Gespräche mit den anderen Fraktionen freue und bat nochmals um Zustimmung für die Drucksache.

Der Vertreter des MigraNetzes Thüringen erklärte, dass es nicht darum gehe, Nebenstrukturen zu bilden. Des Weiteren gehe es nicht nur um Jugendliche bis 27 Jahre, sondern auch um Familienstrukturen, die mit einzubeziehen seien. Er fügte hinzu, dass die im Zentrum für Integration und Migration (ZIM) zur Verfügung stehenden Räume immer sehr gut ausgelastet seien. Die Vertreterin des MigraNetz Thüringen ergänzte, dass migrantische Vereine andere Strukturen hätten und besonderer Voraussetzungen bedürfen. So hätten sie oft mit Sprachproblemen zu kämpfen. Es sei nicht gut, wenn man versuche ihnen das deutsche System überzustülpen. Vielmehr sollte man versuchen etwas am System zu ändern.

Herr Poloczeck-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, schloss sich den Äußerungen von Herrn Hose und Herrn Goldstein an und verwies darauf, dass zu viel verallgemeinert wurde. Er schlug vor, dass sich alle darauf besinnen sollten, einen gemeinsamen erfolgreichen Antrag zu erarbeiten. Er fügte hinzu, dass er Schulen besuche, um dort das Thema Ras-

sismus anzusprechen und betonte das gute Feedback, welches er durch die Schülerinnen und Schüler erhalte.

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt sprach die emotionale Diskussion an und wies darauf hin, dass die Vorlage bereits seit einem halben Jahr bekannt sei. Es sollte versucht werden, die Grundidee des Antrages nicht kaputt zu machen. Er ergänzte, dass gegenseitige Vorwürfe nichts brächten.

Herr Schade, Fraktion SPD, informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass die Fraktion SPD durchaus versucht habe, mit Herrn Robeck ins Gespräch zu kommen. Er beantragte, die Drucksache in Form der Stellungnahme der Verwaltung abstimmen zu lassen.

Herr Hose sprach noch einmal das Thema Ausländerbeirat an und verwies auf die geringe Wahlbeteiligung. Er bat den Beauftragten für Migration und Integration um einen konkreten Vorschlag, wie der Ausländerbeirat zu stärken sei.

Der Beauftragte für Migration und Integration verwies auf die anstehenden Wahlen und deren Vorbereitung. In diesem Zusammenhang werde es Gespräche mit den Fraktionen geben. Kritisch merkte er an, dass die Mitglieder aus den Fraktionen wenig an den Sitzungen des Ausländerbeirates teilgenommen hätten.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, erklärte, dass die Intension der Drucksache zu begrüßen sei. Des Weiteren verwies er auf die Kampagne "Zivilcourage" und bat, die Probleme ernst zu nehmen. Er schloss sich den Äußerungen des Dezernatsreferenten für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit sowie dem Beauftragten für Migration und Integration an. Des Weiteren verwies er auf die Stellungnahme der Verwaltung und, dass bei einer Beschlussfassung der Beschluss durch den Oberbürgermeister beanstandet werde, da er in Teilen in den Kompetenzbereich des Oberbürgermeisters eingreife. In Hinblick auf die Äußerungen zur Außerländerbehörde erklärte er, dass er sich vor seine Mitarbeiter der Ausländerbehörde stelle. Derzeit seien 14 Stellen nicht besetzt und die anwesenden Mitarbeiter arbeiteten am Limit.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte der Ausschussvorsitzende gemäß dem Antrag von Herrn Schade zuerst die Drucksache 1821/23 in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung zur Abstimmung:

abgelehnt **Ja 4** **Nein 5** **Enthalten 2**

Anschließend stellte der Ausschussvorsitzende die Drucksache in Fassung des Änderungsantrages in Drucksache 0149/24 zur Abstimmung:

abgelehnt **Ja 4** **Nein 7** **Enthalten 0**

5.1.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. zur Drucksache 1821/23 - Kommunaler Aktionsplan Antirassismus und Antidiskriminierung/ Beitritt ECCAR** **0149/24**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.1. beraten.
Siehe Tagesordnungspunkt 5.1.

abgelehnt Ja 4 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

5.2. **Haushaltssatzung 2024/2025 und Haushaltsplan 2024/2025** **2436/23**
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.2.1. nach dem Tagesordnungspunkt 6.1. beraten.

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung zu den Haushaltsanhörungen bat Herr Robeck Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darum, beim Landesverwaltungsamt prüfen zu lassen, ob für Haushaltsstelle 11300.57400 "Maßnahmen zur Gefahrenabwehr" eine Änderung der Bezeichnung erfolgen kann. T.: 18.04.2024 V.: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung	DS 0239/24
---	------------

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte der Ausschussvorsitzende den Antrag von Herrn Poloczek-Becher auf Vertagung der Drucksache zur Abstimmung.

vertagt Ja 10 Nein 1 Enthalten 0

5.2.1. **Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2436/23 - Haushaltssatzung 2024/25 und Haushaltsplan 2024/25** **2838/23**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.2. beraten.
Siehe Tagesordnungspunkt 5.2.

vertagt

- 5.3. Tierheim nicht kaputtsparen: Entwicklungs- und Bedarfsplanung aufstellen 2763/23
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE Grünen, beantragte die Abstimmung in Form der Stellungnahme der Verwaltung.

Somit stellte der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt folgenden Beschlusstext zur Abstimmung:

Die Stadtverwaltung erarbeitet eine Entwicklungs- und Bedarfsplanung für das Tierheim Erfurt. Die Stadtverwaltung legt dem zuständigen Ausschuss im 2. Quartal 2024 eine entsprechende Drucksache vor.

bestätigt mit Änderungen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

- 5.4. Fachliche Beteiligung sicherstellen: Tierschutzbeirat einrichten 2764/23
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Herr Robeck, bedankte sich für die positive Stellungnahme der Verwaltung.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte der Ausschussvorsitzende die Drucksache 2764/23 zur Abstimmung:

bestätigt Ja 6 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 01.11.2016 - TOP 6.1. ... Katzenschutzverordnung (Drucksachen 0552/15, 1107/15, 2230/15, 1168/16) 2332/16
BE: Leiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes
hinzugezogen: Vorsitzende des Tierschutzvereines e. V.

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 3. beraten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt beantragte für die Vorsitzende des Tierschutzvereins e. V. das Rederecht, welches einstimmig von den Ausschussmitgliedern erteilt wurde.

Die Vorsitzende des Tierschutzvereins e. V. bedankte sich für Einladung und wies darauf hin, dass der Tierschutzverein im letzten Jahr wie gewünscht arbeiten konnte und sich die Situation der Katzen sehr zum Guten gewendet habe. Sie betonte, dass hinter jedem Tier ein Schicksal stehe und dies auch ein Grund sei, dass manche der ehrenamtlich Tätigen manchmal noch bis 21:00 Uhr in der Betreuung/Versorgung der Katzen tätig seien. Sie erwähnte, dass in diesem Jahr mit einer Unterstützungssumme von 5.000 € zu rechnen sei und bedankte sich auch im Namen des gesamten Vorstandes des Tierschutzvereins über diese enorme Hilfe. Sie blickte noch einmal kurz auf die Erfolge des Jahres 2023 und fügte hinzu, dass akribisch nach einem neuen Zuhause für die betroffenen Tiere gesucht werde. Es käme durchaus vor, dass Interessenten auch mal abgelehnt werden. Sie wies noch einmal darauf hin, dass sie das Amt der Vorsitzenden seit 14 Jahren begleite und es als Chance sehe, etwas für die Tiere zu tun. Des Weiteren sei es wichtig, dass die finanzielle Stabilität weiter gegeben sei. Die Vorsitzende des Tierschutzvereins ging noch einmal kurz auf die im vergangenen Jahr angesprochene Parksituation ein und die damit verbundenen Problem. Abschließend sei es ihr gelungen, gemeinsam mit dem Leiter des Bürgeramtes Herrn Neuhäuser, eine Lösung zu finden.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich im Namen des Ausschusses für die Informationen und verwies auf die neue Gebührenordnung des Tierheimes und die damit verbundenen höheren Kosten einer Kastration. Er erkundigte sich, ob es sinnvoll sei, die Zuschüsse zu erhöhen. Die Vorsitzende des Tierschutzvereins e. V. äußerte, dass eine Erhöhung immer sinnvoll sei und verwies auf die neuen Gegebenheiten sowie den Geldmangel des Tierheimes. Somit sei es nicht mehr möglich die Kastrationen kostenfrei durchzuführen. Die Kosten für eine Kastration einer Katze belaufen sich somit jetzt auf 90 € und die eines Katers auf 60 €.

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, dankte der Vorsitzenden und dem Verein für seine Arbeit und sprach ihre Bewunderung aus. Des Weiteren wies sie darauf hin, dass im aktuellen Entwurf der Haushaltssatzung 2024/2025 und Haushaltsplan 2024/2025 bereits eine Erhöhung um 2.000 € vorgesehen sei.

Herr Goldstein, Fraktion CDU, bedankte sich für die Arbeit des Vereins und wies darauf hin, dass es möglich sei, benötigte Gelder für den Tierschutzverein e.V. auch aus der sogenannten Bußgeldliste bei Gericht zu erlangen. Er empfahl die Kontaktaufnahme an die Richter beim Amtsgericht Erfurt.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, ging noch einmal auf die Historie ein und erklärte, dass die Diskussion über eine Katzenschutzverordnung 2016 im Ausschuss stattfand, 2017 sei diese dann in Kraft treten und seit 2018 fände eine regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss statt. Die Erfolge sprächen für sich. Er dankte der Vorsitzenden des Tierschutzvereins e. V. so wie allen Beteiligten im Namen der Stadtverwaltung für diesen Erfolg. Er sagte dem Tierschutzverein e. V. seine weitere Unterstützung zu und erklärte, dass er sich auf den Bericht im nächsten Jahr freue.

Abschließen bedankte sich der Ausschussvorsitzende für den Bericht und die geleistete Arbeit des Tierschutzvereines und schlug vor, die aktuelle Festlegung zu schließen und eine Festlegung zur aktuellen Berichterstattung anzulegen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Bezugnehmend auf die ehemalige Drucksache 2332/16, bitten die Ausschussmitglieder um eine aktuelle Auswertung zur "Verordnung nach § 13b des Tierschutzgesetzes für das Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt (Katzenschutzverordnung)". T.: jährliche Berichterstattung V.: Leiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes hinzugezogen: Vorsitzende des Tierschutzvereines e.V.	DS 0240/24
--	------------

zur Kenntnis genommen

- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom 19.10.23 zum TOP 7.1 DS 1943/23 - Grundstücksankauf zum Feuerwehrbedarfsplan hier: konkrete Ergebnisse
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport 2340/23

Siehe Tagesordnungspunkt 2 – Änderung der Tagesordnung.

vertagt

- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom 30.11.2023 - TOP 8.5. Sonstige Informationen - hier: Fahrzeughalle der FFW Azmannsdorf
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf 2762/23

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 5.4. beraten.

Durch den Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf wurde ein Bild¹ des ehemaligen sowie des neu errichteten Feuerwehrgerätehauses Azmannsdorf als Tischvorlage verteilt. Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass am Samstag den 27.01.2024 um 10:00 Uhr die Einweihung erfolge.

zur Kenntnis genommen

¹ Das Bild liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

7. Informationen

7.1. Mündliche Informationen

Mündliche Informationen lagen nicht vor.

7.2. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen nicht vor.

gez. A. Blechschmidt
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in